

Wasserwerk der Stadt Rheinbach,
Rheinbach

Wirtschaftsjahr 2013

Bericht

über die Prüfung des
Jahresabschlusses und Lageberichtes zum

31. Dezember 2013

DORNBACH GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft
NIEDERLASSUNG BONN

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	4
B. Grundsätzliche Feststellungen	7
Lage des Eigenbetriebes	7
Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die Betriebsleitung	7
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	8
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	13
I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	13
1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	13
2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013	14
3. Der Lagebericht	15
II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013	16
1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	16
2. Gesamtaussage	16
III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses	17
1. Vermögenslage	17
2. Kapitalflussrechnung	21
3. Ertragslage	22
4. Wirtschaftsplan	27
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	29
Feststellungen gemäß § 53 HGrG	29
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	30

Anlagenverzeichnis

Bilanz zum 31. Dezember 2013	Anlage 1 / Seite 1
Gewinn- und Verlustrechnung für 2013	Anlage 1 / Seite 2
Anhang für das Wirtschaftsjahr 2013	Anlage 1 / Seite 3 - 12
Lagebericht 2013	Anlage 2
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Anlage 3 / Seite 1 - 2
Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013	Anlage 4 / Seite 1 - 21
Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse	Anlage 5 / Seite 1 - 4
Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2013	Anlage 6
Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2013	Anlage 7

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und der wirtschaftlichen Verhältnisse

Anlage 8 /
Seite 1 - 16

Allgemeine Auftragsbedingungen

Anlage 9

A. Prüfungsauftrag

Die Betriebsleitung des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, erteilte uns mit Schreiben vom 15. Januar 2014 den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 des

Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach,

- im Folgenden auch Eigenbetrieb oder Wasserwerk genannt -

unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung sowie den Lagebericht für 2013 zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung in berufsüblichem Umfang zu berichten.

Die Beauftragung erfolgte mit Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen vom 17. Dezember 2013.

Der Eigenbetrieb ist gemäß § 106 GO NRW prüfungspflichtig. Der Jahresabschluss ist entsprechend § 21. EigVO NRW nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen sowie den Bestimmungen der EigVO NRW zu erstellen.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 HGrG zu beachten.

Rechtsgrundlagen der Bilanzierung und Prüfung sind insbesondere:

1. Die Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB),
2. die Gemeindeordnung für Nordrhein-Westfalen (GO NW),
3. die Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW),
4. die Verordnung über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen (JAPrÜfVO),
5. das Kommunalabgabengesetz für Nordrhein-Westfalen (KAG NW).

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den "Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450).

Darüber hinaus wurde bei unserer Prüfung beachtet:

1. IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720),
2. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1),
3. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.720.1).

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns durchgeführten Prüfung berichten wir im Abschnitt C.

Daneben umfasst die Prüfung auftragsgemäß auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung (§ 53 HGrG), über die wir im Abschnitt E. dieses Berichts sowie in Anlage 8 zu diesem Bericht berichten.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurden wir beauftragt, weitergehende, gesetzlich nicht geforderte Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir haben diese ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen in der Anlage 4 dieses Prüfungsberichts dargestellt.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes aufzunehmen. Diese Analyse haben wir im Abschnitt D. III. dieses Berichts dargestellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften i.d.F. vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage 9 beigefügt sind.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber dem Eigenbetrieb und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Lage des Eigenbetriebes

Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die Betriebsleitung

Gemäß § 321 Abs. 1 S. 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung.

Folgende Kernaussagen im Lagebericht sind hervorzuheben:

Der Betriebsleiter geht zunächst auf die wirtschaftliche und technische Entwicklung des Wasserwerkes, sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ein.

Im Jahr 2013 wurde ein Gewinn von TEUR 93 erwirtschaftet.

Im Bezug auf die zukünftige Entwicklung ergeben sich folgende Chancen und Risiken:

Im Rahmen des Rohrnetzerneuerungsprogramms werden die Potentiale zur Reduzierung der Rohrnetzverluste weiter ausgebaut.

Risiken ergeben sich aus künftigen Erhöhungen des Wasserbezugspreises sowie niedrigeren Verkaufsmengen. Dies könnte zu negativen Veränderungen des Ergebnisses führen. Dennoch sind in der Wasserversorgung keine gravierenden Umsatzeinbrüche zu erwarten. Darüber hinaus stehen zum Ausgleich künftiger Verluste ausreichende Gewinnvorräte zur Verfügung.

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gem. § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2013 auf die Einhaltung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, der ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes. Diese beinhaltet auch die gesetzlich zulässige Ausübung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten sowie die Einschätzung von Chancen und Risiken.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss. Er wurde am 30. September 2013 festgestellt.

Unsere Aufgabe war es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben. Hierbei war auch zu prüfen, ob die Betriebsleitung ihr Ermessen im zulässigen Rahmen ausgeübt hat.

Gem. § 106 Abs. 1 GO NW und der Verordnung zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen erstreckte sich unsere Prüfung auch auf die Feststellung, ob

1. die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen sowie die Betriebssatzung und sonstige landesrechtliche Vorschriften beachtet sind,
2. der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Wasserwerkes erwecken,
3. über wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte, verlustbringende Geschäfte und Ursachen von Verlusten berichtet wurde,

4. die Geschäftsführung Anlass zu Beanstandungen gibt,
5. der Betrieb wirtschaftlich geführt wurde,
6. Maßnahmen zur Risikofrüherkennung ergriffen wurden.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie erarbeitet. Diese basiert auf einer Einschätzung des Eigenbetriebsumfelds, Auskünften der Betriebsleitung über die wesentlichen Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, analytischen Prüfungshandlungen zur Einschätzung von Prüfungsrisiken und zur vorläufigen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebes. Es wurden auch unsere Feststellungen aus der vorangegangenen Jahresabschlussprüfung berücksichtigt. Zur Festlegung von Prüfungsschwerpunkten sind daraufhin kritische Prüfungsziele identifiziert und es ist ein Prüfungsprogramm entwickelt worden. In diesem Prüfungsprogramm sind der Ansatz und die Schwerpunkte der Prüfung sowie die Art und der Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Dabei werden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und der Mitarbeiterinsatz geplant.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten der Prüfung:

- Anlagevermögen,
- Absatz (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i.V.m. Umsatzerlösen),
- Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und empfangene Ertragszuschüsse,
- Personal.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl unserer risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der von uns durchgeführten Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Bei unserer Prüfung nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG haben wir den IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir unserem prüferischen Vorgehen insbesondere den darin enthaltenen Fragenkatalog, der mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Bundesrechnungshofs und der Landesrechnungshöfe erarbeitet wurde, zugrunde gelegt. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in Abschnitt E. dieses Berichts sowie auf die Anlage 8 zu diesem Bericht zusammengestellten Angaben.

Wir haben die örtliche Prüfung vom 8. bis 12. September 2014 in den Geschäftsräumen des Wasserwerkes durchgeführt. Die Fertigstellung des Berichtes erfolgte in unseren Büroräumen.

Alle erbetenen Auskünfte und Nachweise wurden uns von der Betriebsleitung bzw. den von der Betriebsleitung ermächtigten Personen bereitwillig erteilt. Die von der Betriebsleitung unterzeichnete berufsübliche Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Ausgehend von den Erkenntnissen aus der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden insbesondere folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

<u>Prüffeld</u>	<u>Prüfung der Bestandsnachweise</u>	<u>Prüfung der Bewertung</u>
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Materielle und formelle Kontrolle des Bestandsverzeichnisses, stichprobenweise Einsicht der Eingangsrechnungen für Zugänge, Inaugenscheinnahmen, Abgänge anhand Ausgangsrechnungen oder Verschrottungsprotokollen	Zugangsbewertung Anschaffungskosten anhand Eingangsrechnungen, Herstellungskosten anhand geeigneter Materialrechnungen, Stundenaufstellungen, Gemeinkostenzuschläge aus den Kosten- und Leistungsrechnungen Folgebewertung anhand interner Abschreibungspläne
Vorräte	Formelle und materielle Kontrolle der Verzeichnisse, Stichproben nach bewusster Auswahl bedeutsamer Posten	Zugangsbewertung anhand Eingangsrechnungen in Stichproben (bewusste Auswahl) Niederstwertprinzip (beschaffungsmarktorientiert)
Forderungen	Formelle und materielle Kontrolle der Saldenlisten, Abgrenzung	Zugangsbewertung in Stichproben anhand Ausgangsrechnungen Folgebewertung zur Ermittlung von Ausfallrisiken durch Schriftverkehr und Mahnwesen
Sonstige Aktiva	Einsicht in Bücher und Schriften, Verträge	Einsicht in Bücher und Schriften
Liquide Mittel	Kassenprotokolle, Tagesauszüge Kreditinstitute	

<u>Prüffeld</u>	<u>Prüfung der Bestandsnachweise</u>	<u>Prüfung der Bewertung</u>
Eigenkapital	Betriebssatzung, Protokolle des Betriebsausschusses, Handelsregisterauszug	
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	Aufstellungen des Eigenbetriebes	Einsicht von geeigneten Unterlagen
Sonstige Rückstellungen	Aufstellungen des Eigenbetriebes, Verträge	Erfüllungsbeträge anhand Einsicht von geeigneten Unterlagen und Berechnungen, rechnerische Kontrolle zur Vollkostenermittlung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Tagesauszüge, Kreditverträge	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Formelle und materielle Kontrolle der Saldenliste, Saldenbestätigungen	Erfüllungsbeträge durch bewusste Auswahl von Eingangsrechnungen
Sonstige Passiva	Geeignete Unterlagen und Schriften, Verträge	Erfüllungsbeträge durch stichprobenhafte Prüfung vorhandener Unterlagen
Erträge/ Aufwendungen	Stichprobenweise Prüfung von Posten mit absoluter und relativer Bedeutung	

Prüfungshemmnisse lagen nicht vor.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) des Eigenbetriebes erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms DATEV.

Die Bücher des Eigenbetriebes sind ordnungsgemäß geführt. Die Buchhaltung des Vorjahres ist mit den Abschlussbuchungen abgeschlossen.

Die Buchungen sind ordnungsgemäß belegt und sachlich richtig. Die Buchführung ist nach unserer in Stichproben durchgeführten Prüfung beweiskräftig.

Das von dem Eigenbetrieb eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Abläufe vor.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der als Anlage 1 beiliegt, ist auf dem von uns geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 aufgebaut und unter Einbeziehung der Inventurergebnisse richtig und vollständig aus den Büchern entwickelt.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind unter Beachtung der handelsrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß nachgewiesen.

Das handelsrechtliche Gliederungsschema für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung (Gesamtkostenverfahren) wurde unter Beachtung der branchenspezifischen Besonderheiten der Wasserversorgung angewandt.

Im Rahmen der Bewertung werden die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften beachtet.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Soweit der Eigenbetrieb nach dem Gesetz ein Wahlrecht hat, Ausweise oder Vermerke alternativ im Anhang darzustellen, wurde die Darstellung im Anhang aus Gründen der Übersichtlichkeit des Abschlusses vorgezogen.

Nach der Erklärung des Betriebsleiters und den Feststellungen im Rahmen unserer Prüfung sind sämtliche Aktiva und Passiva erfasst, die Rückstellungen nach den bei Bilanzaufstellung vorliegenden Erkenntnissen ausreichend bemessen. Haftungsverhältnisse i.S. von § 251 HGB liegen nicht vor.

3. Der Lagebericht

Der Lagebericht 2013 der Betriebsleitung ist dem Bericht als Anlage 2 beigelegt.

Der Lagebericht der Betriebsleitung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Nach den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen werden der Geschäftsverlauf und die Lage des Eigenbetriebes zutreffend dargestellt.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss. Er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes.

Die Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Die allgemeinen Grundsätze über die Bewertung und die Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden wurden beachtet. Hinsichtlich der einzelnen angewandten und geprüften Bewertungsgrundlagen und -methoden verweisen wir auf die Ausführungen des Eigenbetriebes im Anhang sowie unsere Darstellungen unter "C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung".

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen. Bewertungswahlrechte wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt. Eine Änderung bei der Ausnutzung von Ermessensspielräumen ergab sich nicht. Ermessensspielräume wurden dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht folgend ausgeübt.

Über sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, ist nicht zu berichten.

2. Gesamtaussage

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 ist richtig aus den Büchern entwickelt. Er entspricht in seiner Gliederung und Bewertung den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung. Die Buchführung ist ordnungsgemäß; sie entspricht ebenfalls dem Gesetz.

Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und der Ertragslage des Eigenbetriebs.

III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses

1. Vermögenslage

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
A. Vermögen					
I. Anlagevermögen					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0,1	0,0	0	7
2. Sachanlagen	6.710	88,3	88,0	6.846	-136
3. Summe	6.717	88,4	88,0	6.846	-129
II. Umlaufvermögen					
1. Vorräte	165	2,2	1,9	150	15
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	406	5,3	6,4	493	-87
3. Forderungen an die Stadt	52	0,7	0,9	72	-20
4. Sonstige Vermögensgegenstände	221	2,9	2,7	213	8
5. Liquide Mittel	36	0,5	0,1	7	29
6. Summe	880	11,6	12,0	935	-55
III. Vermögen gesamt	7.597	100,0	100,0	7.781	-184
B. Kapital					
I. Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Posten					
1. Stammkapital	1.099	14,5	14,1	1.099	0
2. Allgemeine Rücklage	198	2,6	2,5	198	0
3. Gewinnvortrag	1.053	13,9	13,0	1.006	47
4. Jahresgewinn	93	1,2	0,6	47	46
5. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und empfangene Ertragszuschüsse	1.150	15,1	14,9	1.162	-12
6. Summe	3.593	47,3	45,1	3.512	81
II. Fremdkapital					
1. Sonstige Rückstellungen	41	0,5	0,5	38	3
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.635	47,8	48,8	3.797	-162
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	96	1,4	2,9	221	-125
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	3	0,0	0,0	3	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	218	2,9	2,5	196	22
6. Summe	3.993	52,6	54,7	4.255	-262
III. Rechnungsabgrenzungsposten	11	0,1	0,2	14	-3
IV. Kapital gesamt	7.597	100,0	100,0	7.781	-184

Rundungsdifferenzen bei den Prozentwerten sind EDV-bedingt.

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Das Anlagevermögen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 129. Den Abschreibungen in Höhe von TEUR 413 stehen Investitionen in Höhe von TEUR 284 gegenüber.

Die Investitionen verteilen sich wie folgt:

	<u>TEUR</u>
Konzessionen, und ähnliche Rechte	7
Speicheranlagen	1
Leitungsnetz und Hausanschlüsse	176
Betriebs- und Geschäftsausstattung	40
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>60</u>
	<u><u>284</u></u>

Die Erhöhung der Vorräte um TEUR 15 im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf um TEUR 11 höheren Vorräten an Hauptrohrnetzmaterial sowie um TEUR 4 ebenfalls höheren Vorräten an Hausanschlussmaterial.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich um TEUR 87. Die wesentlichen Verringerungen sind bei den Anliegerbeiträgen (-TEUR 66), den Reparaturkostenerstattungen (-TEUR 37) sowie den Hausanschlusskosten (-TEUR 28) zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde die Einzelwertberichtigung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 40 zurückgeführt.

Die Forderungen an die Stadt sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 20 gesunken. Dies beruht im Wesentlichen auf um TEUR 15 niedrigeren Forderungen aus der Umsatzsteuer und um TEUR 3 niedrigeren Forderungen aus der Gewerbesteuer. Die restlichen Forderungen an die Stadt fielen per saldo um TEUR 2.

Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich um TEUR 8 auf TEUR 221. Hierbei sind vor allem die Forderungen aus einem Erstattungsanspruch aus Wasserbezug WTV um TEUR 26 gestiegen. Dagegen sind die Forderungen aus einem zinslos gestundeten Anschlussbeitrag für die Bebauung des Hochschulviertels um TEUR 14 aufgrund von Zahlungseingängen gesunken. Die übrigen Forderungen fielen im Vergleich zum Vorjahr per saldo um TEUR 4 niedriger aus.

Die liquiden Mittel erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 29.

Das Eigenkapital und die eigenkapitalähnlichen Posten stiegen im Vorjahresvergleich um TEUR 81 an.

Die Verringerung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse um TEUR 12 beruht auf planmäßige Auflösungen in Höhe von TEUR 135, denen Zuführungen in Höhe von TEUR 123 gegenüber stehen.

Der Anstieg der Rückstellungen um TEUR 3 beruht in erster Linie auf der um TEUR 3 höheren Zuführung zu den Rückstellungen für Urlaubsansprüche. Die übrigen Rückstellungen sind nahezu unverändert geblieben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 162 gesunken. Die langfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um TEUR 897. Einem Darlehenszugang in Höhe von TEUR 1.100 stehen planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von TEUR 203 gegenüber. Die Kontokorrentverbindlichkeiten und die noch ausstehenden Zins- und Tilgungsleistungen haben sich dagegen per saldo um TEUR 1.059 verringert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich stichtagsbedingt um TEUR 125.

Die sonstigen Verbindlichkeiten verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um TEUR 22. Die Verbindlichkeiten aus Überzahlungen sind um TEUR 30, aus dem Berufsgenossenschaftsbeitrag um TEUR 1 gestiegen. Dem im Vorjahr ausstehenden Beitrag zur Maschinenversicherung in Höhe von TEUR 7 steht im Berichtsjahr kein entsprechender ausstehender Beitrag gegenüber. Die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten fielen im Vergleich zum Vorjahr per saldo um TEUR 2 niedriger aus.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten hat sich um TEUR 3 verringert. Der Ausweis betrifft im Wesentlichen eine vereinnahmte Pachtvorauszahlung, die über die Vertragslaufzeit ratierlich aufgelöst wird. Im Vorjahr kam es durch eine vertraglich festgelegte Einmalzahlung zu einer Verlängerung der Vertragslaufzeit.

2. Kapitalflussrechnung

	TEUR	TEUR
A. Ordentliche Geschäftstätigkeit		
1. Jahresergebnis	93	
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	413	
3. Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	-135	
4. Veränderung Vorräte	-15	
5. Veränderung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	87	
6. Veränderung Forderungen an die Stadt	20	
7. Veränderung sonstige Vermögensgegenstände	-8	
8. Veränderung Rückstellungen	3	
9. Veränderung kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	
10. Veränderung Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-125	
11. Veränderung sonstige Verbindlichkeiten	22	
12. Veränderung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	<u>-3</u>	
B. Zunahme des Finanzvermögens aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit		378
C. Investitionstätigkeit		
1. Investitionen	-284	
2. Abgang Anlagevermögen	0	
3. Zuführung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	<u>123</u>	
D. Abnahme des Finanzvermögens aus der Investitionstätigkeit		-161
E. Finanzierungstätigkeit		
1. Darlehenstilgung	-203	
2. Darlehensaufnahme	<u>1.100</u>	
F. Zunahme des Finanzvermögens aus der Finanzierungstätigkeit		<u>897</u>
G. Zunahme des Finanzvermögens		1.114
H. Barvermögen am Beginn des Wirtschaftsjahres*		<u>-1.183</u>
I. Barvermögen am Ende des Wirtschaftsjahres*		<u><u>-69</u></u>

* Inklusive Kontokorrentverbindlichkeiten.

3. Ertragslage

	2013		2012		I. Vgl. z. Vj.		Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	%	TEUR	
A. Betriebsleistung							
1. Umsatzerlöse	2.528	97,0	95,8	2.511	0,7	17	
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	50	1,9	2,7	72	-30,6	-22	
3. Sonstige betriebliche Erträge	27	1,1	1,5	37	-27,0	-10	
4. Betriebsleistung	2.605	100,0	100,0	2.620	-0,6	-15	
B. Aufwendungen							
1. Materialaufwand	1.210	46,4	46,1	1.207	0,2	-3	
2. Personalaufwand	532	20,4	21,2	555	-4,1	23	
3. Abschreibungen	413	15,9	15,6	408	1,2	-5	
4. Betriebskosten	166	6,4	6,6	174	-4,6	8	
5. Verwaltungskostenbeitrag	71	2,7	2,7	71	0,0	0	
6. Sonstige Steuern	3	0,1	0,1	3	0,0	0	
7. Aufwendungen	2.395	91,9	92,3	2.418	-1,0	23	
C. Betriebsergebnis (A - B)	210	8,1	7,7	202	-4,0	8	
D. Finanzergebnis							
1. Zinserträge	0	0,0	0,0	1	-100,0	-1	
2. Zinsaufwendungen	109	4,2	4,4	116	-6,0	7	
3. Finanzergebnis (1 - 2)	-109	-4,2	-4,4	-115	-5,2	6	
E. Neutrales Ergebnis							
1. Neutrale Erträge	53	2,0	0,5	12	*	41	
2. Neutrale Aufwendungen	20	0,7	1,2	31	-35,5	11	
3. Neutrales Ergebnis (1 - 2)	33	1,3	-0,7	-19	*	52	
F. Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern	134	5,2	2,6	68	97,1	66	
G. Ertragsteuern	41	1,6	0,8	21	95,2	-20	
H. Jahresgewinn	93	3,6	1,8	47	97,9	46	

* Veränderungen über 100 % werden nicht ausgewiesen.
 Rundungsdifferenzen bei den Prozentwerten sind EDV-bedingt.

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung TEUR
Tarif- und Großabnehmer			1.852	1.879	-27
- Tarif	1,38 €/m ³	1,38 €/m ³			
Veränderung zum Vorjahr	0,00 €/m ³				
- Menge	1.342.201 m ³	1.361.115 m ³			
Veränderung zum Vorjahr	-18.914 m ³				
Bauwasser			8	7	1
Verbrauchsabgrenzung			50	0	50
Grundgebühr			437	433	4
Installations- und Reparaturarbeiten			46	56	-10
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse/Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			135	136	-1
			2.528	2.511	17

Die Umsatzerlöse für Tarif- und Großabnehmer haben eine Verminderung von TEUR 27 auf TEUR 1.852 erfahren. Bei gegenüber dem Vorjahr gleich gebliebenem Tarif ist der Rückgang auf eine um 18.914 m³ niedrigere Wasserverkaufsmenge zurückzuführen.

Die Erhöhung der Erlöse aus der Verbrauchsabgrenzung um TEUR 50 sind auf eine Verschiebung des mittleren Ablesestichtages zurückzuführen.

Die Erstattungen für Installations- und Reparaturarbeiten sind um TEUR 10 auf TEUR 46 gesunken. Im Berichtsjahr bestanden weniger erstattungsfähige Schadenfälle an Hausanschlüssen.

Aufgrund verringerter Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr verminderten sich die aktivierten Eigenleistungen um TEUR 22 auf TEUR 50.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um TEUR 10. Einer im Vorjahr gegebenen Kostenerstattung für einen Frequenzumformer in Höhe von TEUR 4 steht im Berichtsjahr keine entsprechenden Kostenerstattung gegenüber. Des Weiteren verringerten sich die Erträge aus der Überlassung der Wasserzählerdaten (-TEUR 3), die Erträge aus Versicherungserstattungen (-TEUR 2) sowie die Erträge aus Mahngebühren/Säumniszuschläge (-TEUR 1).

Der Materialaufwand ist um TEUR 3 gestiegen. Dabei fielen die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 28, während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um TEUR 31 anstiegen.

Im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren erhöhten sich die Aufwendungen für den Wasserbezug an den Wahnachtalsperrenverband um TEUR 15, was auf eine Erhöhung des Bezugspreises von EUR/m³ 0,62 auf EUR/m³ 0,64 zurückzuführen ist. Der Materialbezug ist per saldo ebenfalls um TEUR 16 gestiegen. Als Hauptursache ist der höhere Bedarf für den Wasserzählertausch im Berichtsjahr zu nennen.

Die Verminderung der Aufwendungen für bezogene Leistungen ist in erster Linie mit der Verringerung der Leistungen für das Hauptrohrnetz (-TEUR 45) zu begründen. Im Vorjahr hat es einmalige Aufwendungen für die Fortführung der Leistungsdokumentation in der Wasserversorgung in Höhe von TEUR 31 gegeben. Des Weiteren gab es im Vorjahr witterungsbedingt eine höhere Anzahl von Wasserrohrbrüchen und entsprechend eine größere Austauschquote bei den Wasserzählern. Im Berichtsjahr hat sich dieser Vorgang nicht wiederholt. Erhöhungen gab es dagegen bei den Aufwendungen für Grundstücke und Hochbehälter sowie für Wasseruntersuchungen um jeweils TEUR 8.

Der Personalaufwand ist um TEUR 23 gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Im Berichtsjahr traten bei mehreren Mitarbeitern Krankheitsfälle ein, die über die gesetzlichen Lohnfortzahlungsfristen hinausgingen.

Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der Investitionen des Vorjahres sowie der Zugänge des Berichtsjahres um TEUR 5 auf TEUR 413.

Die Betriebskosten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 8 auf TEUR 166 gesunken. Die wesentlichen Verminderungen fanden in den Kraftfahrzeugkosten (-TEUR 6) und den Prüfungsgebühren und Beratungskosten (-TEUR 2) statt.

Der Verwaltungskostenbeitrag ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 6 und ist mit TEUR 109 negativ. Während die Zinserträge um TEUR 1 gegenüber dem Vorjahr niedriger ausfielen, verringerten sich die Zinsaufwendungen ebenfalls, insbesondere aufgrund der planmäßigen Darlehenstilgung und der niedrigeren kurzfristigen Geldaufnahme, um TEUR 7.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2013</u> TEUR	<u>2012</u> TEUR	Ergebnis- auswirkung TEUR
<u>Erträge</u>			
Wassergeld Vorjahre	4	10	-6
Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigung	40	0	40
Erträge aus Anlageabgängen	8	0	8
Erträge aus Ausbuchung von Verbindlichkeiten	0	2	-2
Sonstiges	1	0	1
Summe	<u>53</u>	<u>12</u>	<u>41</u>
<u>Aufwendungen</u>			
Zuführung Einzelwertberichtigung	0	6	6
Erstattung Wassergeld aus Vorjahren	6	12	6
Forderungsverluste	13	12	-1
Sonstiges	1	1	0
Summe	<u>20</u>	<u>31</u>	<u>11</u>
<u>Neutrales Ergebnis</u>	<u>33</u>	<u>-19</u>	<u>52</u>

Unter Berücksichtigung des Betriebsergebnisses in Höhe von TEUR 210, des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR -109 und des neutralen Ergebnisses von TEUR 33 ergibt sich ein Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern von TEUR 134 (Vorjahr: TEUR 68).

Nach Einrechnung der Ertragsteuern, die sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 20 auf TEUR 41 erhöht haben, ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr um TEUR 46 höherer Jahresgewinn von TEUR 93.

4. Wirtschaftsplana) ErfolgsplanGegenüberstellung von Erfolgsplan und Gewinn- und Verlustrechnung 2013

	<u>Voranschlag</u> TEUR	<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u> TEUR	<u>Ergebnis- auswirkung</u> TEUR
Umsatzerlöse	2.545	2.528	-17
Andere aktivierte Eigenleistungen	78	50	-28
Sonstige betriebliche Erträge	26	27	1
A. Betriebsleistung	2.649	2.605	-44
Materialaufwand	1.422	1.210	212
Personalaufwand	573	532	41
Abschreibungen	405	413	-8
Betriebskosten	193	166	27
Verwaltungskostenbeitrag	71	71	0
Sonstige Steuern	4	3	1
B. Aufwendungen	2.668	2.395	273
C. Betriebsergebnis (A - B)	-19	210	229
Zinserträge	1	0	-1
Zinsaufwendungen	134	109	25
D. Finanzergebnis	-133	-109	24
Neutrale Erträge	0	53	53
Neutrale Aufwendungen	0	20	-20
E. Neutrales Ergebnis	0	33	33
F. Aufwand aus Verlustübernahme	0	41	-41
G. Jahresverlust/-gewinn (C + D + E - F)	-152	93	245

Die Abweichungen im Bereich des Materialaufwandes beruhen im Wesentlichen auf um rund TEUR 71 höher geplantem Aufwand für den Wasserbezug. In der Planung war ein Wasserbezugspreis von rd. 65,35 Cent je m³ berücksichtigt. Tatsächlich wurden rd. 64 Cent je m³ in Rechnung gestellt.

Beim Materialbezug sind die tatsächlichen Aufwendungen um TEUR 54 niedriger als geplant. Daneben fielen die Unterhaltungsaufwendungen um TEUR 86 geringer aus als im Plan veranschlagt.

b) VermögensplanGegenüberstellung von Vermögensplan und Einnahmen-Ausgaben-Ist

	<u>Plan - 2013</u>	<u>Ist - 2013</u>	<u>Abweichung</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Einnahmen</u>			
Abschreibungen	405	413	8
Zuführung zu Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	212	123	-89
Darlehensaufnahme	1.167	1.100	-67
Darlehensumschuldung	340	0	-340
Verminderung sonstige Aktiva	0	84	84
Jahresgewinn	<u>0</u>	<u>93</u>	<u>93</u>
	<u>2.124</u>	<u>1.813</u>	<u>-311</u>
<u>Ausgaben</u>			
Investitionen	1.290	284	-1.006
Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	0	135	135
Planmäßige Darlehenstilgung	207	203	-4
Umschuldung Darlehen	340	0	-340
Verminderung sonstige Passiva	135	77	-58
Erhöhung flüssige Mittel	0	1.114	1.114
Jahresverlust	<u>152</u>	<u>0</u>	<u>-152</u>
	<u>2.124</u>	<u>1.813</u>	<u>-311</u>

E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 HGrG sowie den IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den dazu vorliegenden Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir im Detail in Anlage 8 zu diesem Bericht zusammengestellt.

Über die in dem vorliegenden Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung sind.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 (Anlage 1) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2013 (Anlage 2) des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, unter dem Datum vom 12. September 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Bonn, 12. September 2014

DORNBACH GMBH
NIEDERLASSUNG BONN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.908,51	388,51
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	171.824,67	137.148,67
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	13.437,94	16.022,94
3. Verteilungsanlagen	6.313.226,62	6.487.308,68
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	41.195,67	54.677,67
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	133.209,18	127.935,18
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	37.568,19	22.963,77
	<u>6.710.261,27</u>	<u>6.846.054,91</u>
	6.717.169,78	6.846.443,42
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	165.273,08	149.637,90
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	408.181,57	493.471,46
2. Forderungen an die Stadt	51.946,43	72.280,44
3. Sonstige Vermögensgegenstände	220.796,52	212.853,83
	878.904,52	778.605,73
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	38.208,37	6.690,99
	<u>880.385,95</u>	<u>934.934,62</u>
	<u>7.597.555,73</u>	<u>7.781.378,04</u>

Passiva

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	1.099.277,54	1.099.277,54
II. Allgemeine Rücklage	198.244,33	198.244,33
III. Gewinnvortrag	1.052.991,64	1.005.512,96
IV. Jahresgewinn	92.925,29	47.478,68
	2.443.438,80	2.350.513,51
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN	798.245,00	709.102,00
C. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	351.814,51	452.617,51
D. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	40.800,00	37.600,00
E. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.635.381,03	3.786.937,60
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95.791,98	221.213,61
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	2.916,40	2.979,70
4. Sonstige Verbindlichkeiten	217.940,92	195.729,12
- davon aus Steuern: EUR 4.346,19 (Vorjahr: EUR 4.109,24)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 2.734,00 (Vorjahr: EUR 1.470,00)		
	3.952.030,33	4.216.859,93
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	11.227,09	14.685,09
	<u>7.597.555,73</u>	<u>7.781.378,04</u>

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach
Gewinn- und Verlustrechnung für 2013

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	2.527.664,09	2.511.418,36
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	50.042,99	71.640,29
3. Sonstige betriebliche Erträge	79.266,76	48.520,98
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.002.524,43	971.243,66
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>207.265,06</u>	<u>235.994,78</u>
	1.209.789,49	1.207.238,44
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	413.726,42	433.225,74
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	118.181,52	121.869,31
- davon für Altersversorgung: EUR 33.943,86 (Vorjahr: EUR 33.825,75)		
	<u>531.907,94</u>	<u>555.095,05</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	413.454,54	408.005,96
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	256.171,56	275.575,34
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	328,44	973,23
- davon Erträge aus der Veränderung der Abzinsung: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 904,89)		
	<u>109.473,76</u>	<u>115.754,26</u>
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	136.504,99	70.883,81
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	40.839,79	20.414,22
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.739,91	2.990,91
12. Sonstige Steuern	<u>92.925,29</u>	<u>47.478,68</u>
13. Jahresgewinn	<u><u>92.925,29</u></u>	<u><u>47.478,68</u></u>

**Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach
Anhang für das Wirtschaftsjahr 2013**

1. Allgemeine Angaben

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 22 EigVO NRW nach § 266 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 23 EigVO NRW nach § 275 HGB.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt, ein grundlegender Bewertungswechsel gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss 2013 ist unter Beachtung der Vorschriften der EigVO NRW in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. November 2004 aufgestellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden haben wir entsprechend den handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Absetzung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen errechnen sich nach der linearen Methode unter Zugrundelegung der jeweiligen Nutzungsdauer. Die Herstellungskosten erhalten neben direkt zurechenbaren Lohn- und Materialkosten auch angemessene Gemeinkosten.

Für die Jahre 2008 und 2009 wurden für bewegliche, selbstständig nutzbare Anlagegüter mit Anschaffungskosten ab EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 ein Sammelposten gebildet und über fünf Jahre abgeschrieben (entsprechend § 6 Abs.2a EStG).

Geringwertige Anlagegüter werden ab dem Jahr 2010 voll abgeschrieben.

Die Vorräte werden mit fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen angesetzt. Das Niederstwertprinzip wurde beachtet.

Die Bewertung der Forderungen und sonstige Aktiva erfolgt grundsätzlich mit ihrem Nominalbetrag. Zweifelhafte Forderungen sind mit ihrem wahrscheinlichen Wert angesetzt, unverzinslich gestundete Forderungen werden mit ihrem Barwert bilanziert. Uneinbringliche Forderungen werden ausgebucht.

Die empfangenen Ertragszuschüsse sind bis zum 31. Dezember 2002 analog § 22 Abs. 2 EigVO NW a.F. als Passivposten ausgewiesen und werden mit 5% p.a. aufgelöst. In den Wirtschaftsjahren 2003 bis 2006 wurden die empfangenen Ertragszuschüsse direkt von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der bezuschussten Anlagegegenstände abgesetzt. Seit dem 1. Januar 2007 werden die Ertragszuschüsse als Sonderposten passiviert, welcher über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ergebniswirksam aufgelöst wird.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken ausreichend und angemessen zum Erfüllungsbetrag Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Sonstige Aktivierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Wasserwerk der Stadt Rheinbach
53359 Rheinbach

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2013

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand 1.1.2013 Euro	Zugang Euro	Umbuchung Euro	Abgang Euro	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 1.1.2013 Euro	Zugang Euro	Abgang Euro	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2013 Euro	Vorjahr Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Konzessionen, und ähnliche Rechte	10.950,69	6.734,68	0,00	0,00	17.685,37	10.662,18	214,68	0,00	10.776,88	6.808,51	388,51
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	596.732,85	0,00	44.925,87	0,00	641.658,72	469.584,18	10.449,87	0,00	470.034,05	171.624,67	137.148,67
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	397.125,16	0,00	0,00	0,00	397.125,16	381.102,22	2.585,00	0,00	383.687,22	13.437,94	16.022,94
3. Verteilungsanlagen											
- Speicheranlagen	1.766.128,73	1.581,32	0,00	0,00	1.767.710,05	1.021.389,08	39.871,32	0,00	1.061.260,40	706.449,65	744.739,65
- Leitungsnetz u. Hausanschluss	12.813.964,32	176.010,24	0,00	158.826,01	12.831.148,55	7.103.301,29	308.236,24	158.819,95	7.252.717,58	5.578.430,97	5.710.663,03
- Messeinrichtungen	64.975,28	0,00	0,00	0,00	64.975,28	33.071,28	3.559,00	0,00	36.630,28	28.345,00	31.904,00
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	258.513,49	0,00	0,00	0,00	258.513,49	203.835,82	13.482,00	0,00	217.317,82	41.195,67	54.677,67
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	460.245,88	40.333,43	0,00	27.393,08	473.186,23	332.310,70	35.056,43	27.390,08	339.977,05	133.209,18	127.935,18
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22.963,77	59.530,29	-44.925,87	0,00	37.568,19	0,00	0,00	0,00	0,00	37.568,19	22.963,77
	16.380.649,48	277.455,28	0,00	186.219,09	16.471.885,67	9.534.594,57	413.239,86	186.210,03	9.761.624,40	6.710.261,27	6.846.054,91
	16.391.600,17	284.189,98	0,00	186.219,09	16.469.571,04	9.545.166,75	413.454,64	186.210,03	9.772.401,26	6.717.169,78	6.846.443,42

3. Geplante Maßnahmen

Zum 31.12.2013 waren folgende Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen:

	2013 EUR
Erneuerung HRN Obderdrees/Peppenhoven	4.641,61
Sanierung Hochbehälter Beuelskopf	30.681,58
HRN-Erweiterung Boschstraße	<u>2.245,00</u>
	<u>37.568,19</u>

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms 2014 sind Hauptrohrnetzmaßnahmen in den Bereichen Rheinbach, Boschstraße Kreuzung DB und Weilerweg sowie die Sanierung im Hochbehälter Todenfeld.

4. Forderungen gegen die Stadt

Der Ausweis betrifft Forderungen gegen die Stadt Rheinbach aus Umsatzsteuer (TEUR 19), Gewerbesteuer (TEUR 10) und anteiligen Kostenübernahmen (TEUR 23).

5. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Ausweis umfasst im Wesentlichen in Höhe von TEUR 103 zinslos gestundete Anschlussbeiträge der Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH, gestundete, mit 6% abgezinste Anschlussbeiträge in Höhe von TEUR 16 mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, Erstattungsansprüche gegen das Finanzamt aus Ertragsteuern in Höhe von TEUR 26 sowie Forderungen aus Wasserbezug WTV in Höhe von TEUR 75.

6. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	Stand 01.01.13 Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12.13 Euro
Stammkapital	1.099.277,54	0,00	0,00	1.099.277,54
Allgemeine Rücklage	198.244,33	0,00	0,00	198.244,33
Gewinnvortrag	1.005.512,96	47.478,68	0,00	1.052.991,64
Jahresgewinn	47.478,68	92.925,29	47.478,68	92.925,29
	2.350.513,51	140.403,97	47.478,68	2.443.438,80

7. Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand 1.1.2013 Euro	Auflösung Euro	Inanspruch- nahme Euro	Zuführung Euro	Aufzinsung Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Sonstige Rückstellungen						
Interne Jahresabschlusskosten	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00
Prüfungskosten	10.600,00	32,00	10.568,00	11.300,00	0,00	11.300,00
Urlaubsansprüche	20.150,00	0,00	20.150,00	23.500,00	0,00	23.500,00
Überstunden	1.850,00	0,00	1.850,00	1.000,00	0,00	1.000,00
	37.600,00	32,00	37.568,00	40.800,00	0,00	40.800,00

8. Verbindlichkeitspiegel

	Gesamtbetrag Euro	bis 1 Jahr Euro	Restlaufzeit:	
			1 bis 5 Jahre Euro	mehr als 5 Jahre Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.635.381,03	373.109,25	780.536,83	2.481.734,95
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95.791,98	95.791,98		
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	2.916,40	2.916,40		
Sonstige Verbindlichkeiten	217.940,92	217.940,92		
	3.952.030,33	689.758,55	780.536,83	2.481.734,95

9. Umsatzerlöse Wasserverkauf**a) Wasserverkauf**

	2013 EUR	2012 EUR
Tarif je cbm	1,38	1,38

Mengen und Erlöse

	2013 Menge cbm	2013 Erlös EUR	2012 Menge cbm	2012 Erlös EUR
Tarif- u. Großabnehmer	1.342.201	1.852.237,38	1.361.115	1.878.338,70
Bauwasser	5.920	8.169,60	5.524	7.623,12
	1.348.121	1.860.406,98	1.366.639	1.885.961,82

Hinzu kommen die Grundgebühren in Höhe von EUR 436.835,21 (Vorjahr: EUR 433.443,37).

b) Erlöse aus Hausanschluss- und Wasserzählerreparaturen

2013	2012
EUR	EUR
45.789,58	56.246,81

c) Auflösung Ertrags- und Investitionszuschüsse

2013	2012
EUR	EUR
135.188,26	136.196,57

10. Personalaufwand

	2013	2012
	EUR	EUR
a) Gehälter	413.726,42	433.225,74
b) Soziale Abgaben und Beiträge		
Sozialabgaben	80.555,08	85.173,27
Berufsgenossenschaft	3.682,58	2.870,29
Versorgungsaufwand	33.943,86	33.825,75
	118.181,52	121.869,31
Personalaufwand	531.907,94	555.095,05

11. Mitarbeiter

Im Wirtschaftsjahr 2013 waren durchschnittlich direkt beim Wasserwerk beschäftigt:

Verwaltung
4 Angestellte
(davon 1 Teilzeitkraft)

Betrieb
1 Rohnetzmeister
1 Elektriker
1 Heizungsbauer
1 Heizungs- und Lüftungsbauer
1 Facharbeiter für Schweißtechnik
1 Gas- und Wasserinstallateur
1 Rohrnetzbauer

Im Jahresdurchschnitt waren beschäftigt:

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	<u>Anzahl</u>	<u>Anzahl</u>
Verwaltung		
Tariflich Beschäftigte (davon 1 Teilzeitkraft)	4	4
Betrieb		
Tariflich Beschäftigte	7	7

12. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wird mit Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von EUR 40.839,79 belastet.

13. Abschlussprüferhonorare

Für die Prüfung des Jahresabschlusses wurde eine Rückstellung in Höhe von TEUR 11 gebildet.

14. Leistungen für die Betriebsleitung und Mitglieder des Betriebsausschusses

	<u>EUR</u>
Betriebsleitung	<u>42.834,00</u>

Auf den Betriebsleiter entfallen rd. TEUR 16, auf seinen Stellvertreter rd. TEUR 27.

	<u>EUR</u>
Betriebsausschuss	<u>231,00</u>

Verteilung des Sitzungsgeldes:
Sitzung am 26.09.2013

	<u>EUR</u>
Dr. Reinhard Stumpf, Sachkundiger Bürger	21,00
Bruno Weber, Sachkundiger Bürger	21,00
Michael Rohloff, Sachkundiger Bürger	21,00
Helmut Müller, Stellv. Sachkundiger Bürger	21,00
Irene Lanzerath, Stellv. Beschäftigtenvertreterin	21,00
Jörg Orth, Stellv. Beschäftigtenvertreter	21,00
	<u>126,00</u>

Verteilung des Sitzungsgeldes:
Sitzung am 28.11.2013

	<u>EUR</u>
Dr. Reinhard Stumpf, Sachkundiger Bürger	21,00
Bruno Weber, Sachkundiger Bürger	21,00
Karl Franz Steiger, Sachkundiger Bürger	21,00
Thomas Hampe, Beschäftigtenvertreter	21,00
Thomas Spilles, Beschäftigtenvertreter	21,00
	<u>105,00</u>

15. Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Betriebsleitung

Kämmerer Walter Kohlosser, Betriebsleiter, (seit 1. Januar 2008)

Verwaltungsfachwirt Peter Eich, stellv. Betriebsleiter, (seit 1. Januar 2008)

Mitglieder des Ausschusses

Ratsmitglieder

Ilka Rick (Vorsitzende), Verwaltungsangestellte

Georg Schragen (Stellvertreter), Technischer Beamter

Joachim Schollmeyer, Rentner

Renate Krämer, Krankengymnastin, bis 30. Juni 2013

Ursula Schaefers, Fachlehrerin a.D.

Jürgen Spilles, Kriminalbeamter

David Maaß, Historiker

Fred Gottfried Bongartz, Unternehmer

Dietmar Danz, Verwaltungsdirektor, ab 1. Oktober 2013

Sachkundige Bürger

Karl Franz Steiger, Oberstleutnant a.D.

Dr. Reinhard Stumpf, Regierungsdirektor a.D.

Bruno Weber, Unternehmer

Michael Rohloff, Beamter

Vertreter der Arbeitnehmer

Thomas Hampe, Facharbeiter für Schweißtechnik

Thomas Spilles, Gas- und Wasserinstallateur

Rheinbach, den 12. September 2014

Wasserwerk der Stadt Rheinbach



Walter Kohlosser
Betriebsleiter

**Lagebericht für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013**

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

Das Wasserwerk der Stadt Rheinbach wird als Eigenbetrieb auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen der Betriebssatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebes ist die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und alle den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

II. Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

Für das Jahr 2013 konnte ein Gewinn in Höhe von 92.925,29 EUR erwirtschaftet werden.

Der Wasserbezug betrug in diesem Jahr 1.475.550 cbm (Vorjahr: 1.492.151 cbm) und ist somit um rd. 17.000 cbm niedriger als im Vorjahr.

Die Endabrechnung des Rhein-Sieg-Kreises für 2013 bezüglich des WTV ist am 17.07.2014 erfolgt. Es errechnet sich darin ein Wasserpreis von 0,63606 EUR/cbm (Vorjahr: 0,61875 EUR/cbm. Bei den geleisteten Vorauszahlungen lag ein Wasserpreis in Höhe von rd. 0,6676 EUR/cbm zugrunde. Die Abrechnung für 2013 ergibt eine Erstattung von 74.836,12 EUR die im Jahresabschluss berücksichtigt wurde.

Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Wasser betragen einschließlich der Verbrauchsabgrenzung in 2013 insgesamt 1.909.851,04 EUR (Vorjahr: 1.885.531,61 EUR). Dies sind rd. 24 TEUR mehr Erlöse im Vergleich zum Vorjahr.

Die Erlöse aus Grundgebühren in Höhe von 436.835,21 EUR (Vorjahr: 433.443,37 EUR) sind um rd. 3 TEUR angestiegen.

Die aktivierten Eigenleistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 22 TEUR niedriger.

Der reale Wasserverlust im Rohrnetz ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig angestiegen. Er liegt im Wirtschaftsjahr 2013 bei 5,3 % (Vorjahr: 5,1 %).

Der bis 31.12.2002 aufgebaute Passivposten „Empfangene Ertragszuschüsse“ wird nach den bisherigen Regelungen weiter planmäßig aufgelöst.

Für die Wirtschaftsjahre 2003 bis 2006 wurden die Baukostenzuschüsse von den Anschaffungskosten der bezuschussten Versorgungsleitungen und Versorgungsanschlüssen abgesetzt. Durch die sich daraus ergebenden geminderten Herstellungskosten der Versorgungsanlagen werden die Abschreibungen gemindert und somit die Baukostenzuschüsse ertragswirksam.

Ab dem Wirtschaftsjahr 2007 werden die Baukostenzuschüsse als Sonderposten passiviert und die Vermögensgegenstände (Versorgungsleitungen und Versorgungsanschlüsse) aktiviert. Die Sonderposten werden über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands ergebniswirksam aufgelöst.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

In der Sitzung des Rates am 22.04.2013 wurde der Einführung der Eigenkapitalverzinsung für den Eigenbetrieb Wasserwerk für das Jahr 2014 mit einem Zinssatz von 6,8 % zugestimmt. Wegen der Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung auch nach Übernahme der Aufwendungen für Rohrbrüche in Hausanschlüssen in den öffentlichen Flächen und der mit der Eigenkapitalverzinsung verbundenen zusätzlichen Aufwendungen wurde eine Anpassung der Gebühren für die Lieferung von Trinkwasser (Grund- und Verbrauchsgebühr) erforderlich.

Der Wasserverkaufspreis betrug seit dem 01.02.2004 unverändert 1,38 EUR/cbm. Mit Beschluss des Betriebsausschusses vom 28.11.2013 und des Rates der Stadt Rheinbach vom 09.12.2013 ist eine Anpassung des Wasserpreises zum 1. Januar 2014 auf 1,42 EUR/cbm erfolgt. Die Grundgebühren sind im Rahmen der Wasserpreiserhöhung angepasst worden.

Der Abschlagsanforderung des Wahnbachtalsperrenverbandes für das Jahr 2014 liegt ein Wasserbezugspreis von rd. 0,6608073 EUR/cbm zugrunde. Für 2013 betrug der endgültige Wasserbezugspreis rd. 0,63606 EUR/cbm.

Im technischen Bereich wurde das Rohrnetzernierungsprogramm, welches Auskunft über Schäden, Baujahr und Zustand der Hauptrohrnetzleitungen gibt, weiter fortgeführt.

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms 2014 sind Hauptrohrnetzmaßnahmen in den Bereichen Rheinbach, Boschstraße Kreuzung DB und Weilerweg sowie des Sanierung im Hochbehälter Todenfeld.

Mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren und dem Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2013 steht am 31.12.2013 neben dem Stammkapital und der allgemeinen Rücklage ein aus der eigenen Tätigkeit entstandenes Eigenkapital von insgesamt 1.145.916,93 EUR zur Abdeckung eventuell künftig anfallender Betriebsverluste zur Verfügung.

Risiko und Chancen

Kurzfristig eintretende Veränderungen der Gewinnsituation des Wasserwerks können sich im Wesentlichen nur aus der Veränderung des Preises und der Menge des verkauften Wassers, des Bezugspreises für den Wassereinkauf und eventuell des Wasserverlustes ergeben. Gravierende Umsatzeinbrüche sind jedoch in der Wasserversorgung Rheinbach ebenso wenig zu erwarten wie völlig unverhältnismäßige Erhöhungen des Wasserbezugspreises. Damit sind die geschäftlichen Risiken der zukünftigen Entwicklung als überschaubar einzustufen, zumal Gewinnvorträge zum Ausgleich zukünftiger Verluste zur Verfügung stehen.

Im technischen Bereich liegen die Risiken in Betriebsstörungen, gravierenden Wasserrohrbrüchen, Zerstörung technischer Einrichtungen oder schadenersatzpflichtige Schädigungen Dritter. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit ist der Eintritt solcher Ereignisse jedoch als eher unwahrscheinlich einzustufen. Für eine Vielzahl derartiger Risiken besteht im Übrigen Versicherungsschutz. Darüber hinausgehende bestandsgefährdende technische, geschäftliche oder sonstige Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Die Chance für eine weiterhin positive Entwicklung des Eigenbetriebes besteht darin, auch künftig sparsam und wirtschaftlich zu arbeiten. Jedoch auch die Veränderungen der Wasserverluste aufgrund intensiver Messungen können zur weiteren positiven Entwicklung beitragen.

Rheinbach den 12. September 2014

Wasserwerk der Stadt Rheinbach


Walter Kohlosser
- Betriebsleiter -

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bonn, 12. September 2014

DORNBACH GMBH
NIEDERLASSUNG BONN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2013

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Im Folgenden wird auf das Bilanzgliederungsschema, vgl. Anlage 1, Seite 1, Bezug genommen.

Aktiva

A. <u>Anlagevermögen</u>	31.12.2013	EUR	<u>6.717.169,78</u>
	31.12.2012	EUR	6.846.443,42

Auf die Darstellung des Anlagevermögens im Anlagennachweis (Anlage 1, S. 5) wird Bezug genommen.

I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	31.12.2013	EUR	<u>6.908,51</u>
	31.12.2012	EUR	388,51

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche
Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie
Lizenzen an solchen Rechten und Werten

	31.12.2013	EUR	<u>6.908,51</u>
	31.12.2012	EUR	388,51

Der Ausweis betrifft eine wasserrechtliche Entnahmeerlaubnis sowie Software.

II. <u>Sachanlagen</u>	31.12.2013	EUR	<u>6.710.261,27</u>
	31.12.2012	EUR	6.846.054,91
1. <u>Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten</u>	31.12.2013	EUR	<u>171.624,67</u>
	31.12.2012	EUR	137.148,67

Hierunter wird das Betriebsgebäude Aachener Straße 46b ausgewiesen.

2. <u>Gewinnungs- und Bezugsanlagen</u>	31.12.2013	EUR	<u>13.437,94</u>
	31.12.2012	EUR	16.022,94

Der Ausweis betrifft Brunnen und Pumpenhäuser.

3. <u>Verteilungsanlagen</u>	31.12.2013	EUR	<u>6.313.225,62</u>
	31.12.2012	EUR	6.487.306,68

Hierunter werden die Speicheranlagen, das Hauptrohrnetz und die Hausanschlüsse ausgewiesen.

Zu Zugang

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Speicheranlagen</u>		
Signalumformer MAG 5000 für Hochbehälter	661,00	
Absperrklappe DN 150 für Hochbehälter Todenfeld	<u>920,32</u>	
		1.581,32
<u>Hauptrohrnetz</u>		
Rheinbach, Siemensstraße	61.419,63	
Rheinbach, Steingasse	22.019,23	
Rheinbach, Vogelsang	9.933,27	
Rheinbach, Koblenzer Straße	5.169,60	
Rheinbach, Eulenbach	2.341,08	
Rheinbach, Münstereiflerstraße	<u>855,03</u>	
		101.737,84
Hausanschlüsse 2013		<u>74.272,40</u>
		<u><u>177.591,56</u></u>

4. <u>Maschinen und maschinelle Anlagen</u>	31.12.2013 EUR	<u>41.195,67</u>
	31.12.2012 EUR	54.677,67
5. <u>Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>	31.12.2013 EUR	<u>133.209,18</u>
	31.12.2012 EUR	127.935,18

Hierunter werden die Betriebsausstattung, die Geschäftsausstattung, der Fuhrpark und die geringwertigen Wirtschaftsgüter ausgewiesen.

Zu Zugang

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Geschäftsausstattung</u>		
2 Handfunkgeräte mit Zubehör	1.218,92	
Büroeinrichtung	2.029,87	
1 Notebook	838,89	
2 Drucker	<u>597,99</u>	
		4.685,67
VW Transporter T5		34.865,82
<u>Geringwertige Wirtschaftsgüter</u>		<u>781,94</u>
		<u><u>40.333,43</u></u>

6. <u>Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</u>	31.12.2013 EUR	<u>37.568,19</u>
	31.12.2012 EUR	22.963,77

	1.1.2013 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	31.12.2013 EUR
Bau Fertiggarage	6.018,74	9.964,31	15.983,05	0,00
Erneuerung Hauptrohrnetz Oberdrees/Peppenhoven	4.641,61	0,00	0,00	4.641,61
Sanierung Hochbehälter Beuelskopf	4.604,50	26.077,08	0,00	30.681,58
Zaunanlage Hochbehälter	7.698,92	21.243,90	28.942,82	0,00
Wasserleitung Boschstraße	0,00	2.245,00	0,00	2.245,00
	<u>22.963,77</u>	<u>59.530,29</u>	<u>44.925,87</u>	<u>37.568,19</u>

Buchgewinne und Buchverluste Sachanlagevermögen

	Anschaffungs- kosten EUR	Kumulierte Abschreibungen EUR	Restbuchwert EUR	Erlös EUR	Buchgewinn EUR	Buchverlust EUR
Verteilungsanlagen						
Hauptrohrnetz Rheinbach	65.119,61	65.117,61	2,00	0,00	0,00	2,00
Hauptrohrnetz Flerzheim	23.337,43	23.336,43	1,00	0,00	0,00	1,00
Hausanschlüsse Rheinbach	26.990,00	26.989,49	0,51	0,00	0,00	0,51
Planungskosten Rheinbach	36.463,75	36.463,24	0,51	0,00	0,00	0,51
Nachaktivierten Gemeinkosten	6.915,22	6.913,18	2,04	0,00	0,00	2,04
	<u>158.826,01</u>	<u>158.819,95</u>	<u>6,06</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>6,06</u>
Betriebs- und Geschäftsausstattung						
Laserdrucker Hewlet Packard	458,53	457,53	1,00	0,00	0,00	1,00
Drucker Dell (Materialbuchhaltung)	176,75	175,75	1,00	0,00	0,00	1,00
	<u>635,28</u>	<u>633,28</u>	<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>2,00</u>
Fuhrpark						
VW Transporter (SU-2439)	26.757,80	26.756,80	1,00	7.983,19	7.982,19	0,00
	<u>186.219,09</u>	<u>186.210,03</u>	<u>9,06</u>	<u>7.983,19</u>	<u>7.982,19</u>	<u>8,06</u>

B. <u>Umlaufvermögen</u>	31.12.2013 EUR	<u>880.385,95</u>
	31.12.2012 EUR	934.934,62
I. <u>Vorräte</u>	31.12.2013 EUR	<u>165.273,06</u>
	31.12.2012 EUR	149.637,90
<u>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</u>	31.12.2013 EUR	<u>165.273,06</u>
	31.12.2012 EUR	149.637,90
	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
	EUR	EUR
Bau- und Installationsstoffe		
• Hauptrohrnetzmaterial	125.508,00	113.916,22
• Hausanschlussmaterial	<u>39.765,06</u>	<u>35.721,68</u>
	<u>165.273,06</u>	<u>149.637,90</u>
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>	31.12.2013 EUR	<u>678.904,52</u>
	31.12.2012 EUR	778.605,73
1. <u>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</u>	31.12.2013 EUR	<u>406.161,57</u>
	31.12.2012 EUR	493.471,46
	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
	EUR	EUR
Forderungsbestand		
• Wassergeld	372.330,56	366.118,71
• Reparaturkostenerstattungen	7.952,28	44.875,79
• Hausanschlusskosten	17.477,26	45.409,34
• Anliegerbeiträge	41.810,51	107.992,28
• Arbeiten für Dritte und Materialabgaben	<u>6.178,36</u>	<u>8.957,44</u>
	<u>445.748,97</u>	<u>573.353,56</u>
Einzelwertberichtigungen	<u>-39.587,40</u>	<u>-79.882,10</u>
	<u>406.161,57</u>	<u>493.471,46</u>

2. Forderungen an die Stadt

31.12.2013 EUR 51.946,43
 31.12.2012 EUR 72.280,44

31.12.2013 31.12.2012
 EUR EUR

Umsatzsteuer

• Umsatzsteuer Vorjahr	7.830,55	0,00
• Umsatzsteuer Berichtsjahr	1.015,11	7.830,52
• Umsatzsteuer II. Quartal	10.126,25	5.865,42
• Umsatzsteuer III. Quartal	0,00	-4.293,03
• Umsatzsteuer IV. Quartal	<u>558,22</u>	<u>25.035,00</u>
	19.530,13	34.437,91

Gewerbesteuer

• Gewerbesteuer 2011	0,00	1.581,00
• Gewerbesteuer 2012	10.230,00	11.837,00
• Gewerbesteuer 2013	<u>230,00</u>	<u>0,00</u>
	10.460,00	13.418,00

Strom- und Wartungskosten

	0,00	4.670,07
Pacht	0,00	299,19
Übrige	2.193,56	4.761,45
Anteilige Ablesekosten	11.054,52	14.693,82
EDV-Kosten	<u>8.708,22</u>	<u>0,00</u>
	<u>51.946,43</u>	<u>72.280,44</u>

3. <u>Sonstige Vermögensgegenstände</u>	31.12.2013 EUR	<u>220.796,52</u>
	31.12.2012 EUR	212.853,83
	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
	EUR	EUR
Zinslos gestundeter Anschlussbeitrag 2003	103.110,33	117.827,84
Zinslos gestundete Anschlussbeiträge Vorjahre	15.924,53	15.924,53
Forderungen gegen das Finanzamt		
• Körperschaftsteuer		
- 2011	0,00	8.118,00
- 2012	17.487,00	17.494,00
- 2013	<u>7.622,00</u>	<u>0,00</u>
	25.109,00	25.612,00
• Solidaritätszuschlag		
- 2011	0,00	443,91
- 2012	959,21	960,00
- 2013	<u>417,00</u>	<u>0,00</u>
	1.376,21	1.403,91
	26.485,21	27.015,91
Erstattungsanspruch Wassergeld WTV	74.836,12	48.929,04
Übrige	<u>440,33</u>	<u>3.156,51</u>
	<u>220.796,52</u>	<u>212.853,83</u>

Passiva

A. Eigenkapital 31.12.2013 EUR 2.443.438,80
31.12.2012 EUR 2.350.513,51

I. Stammkapital 31.12.2013 EUR 1.099.277,54
31.12.2012 EUR 1.099.277,54

In Übereinstimmung mit § 11 der Betriebssatzung.

II. Allgemeine Rücklage 31.12.2013 EUR 198.244,33
31.12.2012 EUR 198.244,33

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

III. Gewinnvortrag 31.12.2013 EUR 1.052.991,64
31.12.2012 EUR 1.005.512,96

Gemäß Beschluss des Rates vom 30. September 2013 wurde auf Empfehlung des Betriebsausschusses vom 26. September 2013 der Jahresgewinn 2012 auf neue Rechnung vorgetragen.

IV. Jahresgewinn 31.12.2013 EUR 92.925,29
31.12.2012 EUR 47.478,68

B. <u>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</u>	31.12.2013	EUR	<u>798.245,00</u>
	31.12.2012	EUR	709.102,00

Zur Zusammensetzung und Entwicklung verweisen wir auf die Anlage 6.

C. <u>Empfangene Ertragszuschüsse</u>	31.12.2013	EUR	<u>351.814,51</u>
	31.12.2012	EUR	452.617,51

Zur Zusammensetzung und Entwicklung verweisen wir auf die Anlage 6.

D. <u>Rückstellungen</u>	31.12.2013	EUR	<u>40.800,00</u>
	31.12.2012	EUR	37.600,00
 <u>Sonstige Rückstellungen</u>	31.12.2013	EUR	<u>40.800,00</u>
	31.12.2012	EUR	37.600,00

	<u>1.1.2013</u>	<u>Inanspruch-</u>	<u>Auflösung</u>	<u>Zuführung</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	nahme	EUR	EUR	EUR
		EUR			
Prüfungs- und Beratungskosten	10.600,00	10.568,00	32,00	11.300,00	11.300,00
Interne Jahresabschlusskosten	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00
Urlaubsansprüche	20.150,00	20.150,00	0,00	23.500,00	23.500,00
Überstunden	1.850,00	1.850,00	0,00	1.000,00	1.000,00
	<u>37.600,00</u>	<u>37.568,00</u>	<u>32,00</u>	<u>40.800,00</u>	<u>40.800,00</u>

E. <u>Verbindlichkeiten</u>	31.12.2013 EUR	<u>3.952.030,33</u>
	31.12.2012 EUR	4.216.859,93
1. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>	31.12.2013 EUR	<u>3.635.381,03</u>
	31.12.2012 EUR	3.796.937,50
	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
	EUR	EUR
Langfristige Verbindlichkeiten	3.503.803,63	2.606.623,12
Kontokorrentkredite		
• Kreissparkasse Köln, Nr. 45802709	105.762,27	290.314,38
• Kreissparkasse Köln, Nr. 396001580	<u>0,00</u>	<u>900.000,00</u>
	<u>105.762,27</u>	<u>1.190.314,38</u>
Noch nicht abgebuchte Annuitäten	<u>25.815,13</u>	<u>0,00</u>
	<u><u>3.635.381,03</u></u>	<u><u>3.796.937,50</u></u>
2. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>	31.12.2013 EUR	<u>95.791,98</u>
	31.12.2012 EUR	221.213,61
3. <u>Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt</u>	31.12.2013 EUR	<u>2.916,40</u>
	31.12.2012 EUR	2.979,70

Es handelt sich um Verbindlichkeiten aus Porto, Telefon und Dieselkosten.

4.	<u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>	31.12.2013	EUR	<u>217.940,92</u>
		31.12.2012	EUR	195.729,12
		<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	
		EUR	EUR	
	Verbindlichkeiten aus Steuern			
	• Lohn- und Kirchensteuer für Monat Dezember	4.346,19		4.109,24
	Übrige Verbindlichkeiten			
	• Überzahlungen aus Verbrauchsabrechnung	198.116,32		168.132,89
	• Kautionsstandrohre	12.245,99		14.704,91
	• Berufsgenossenschaft	2.734,00		1.470,00
	• Sicherheitsleistung Werkswohnung	276,80		276,39
	• Sonstiges	221,62		186,98
	• Beitrag Maschinenversicherung	0,00		6.848,71
		<u>213.594,73</u>		<u>191.619,88</u>
		<u>217.940,92</u>		<u>195.729,12</u>

F.	<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	31.12.2013	EUR	<u>11.227,09</u>
		31.12.2012	EUR	14.685,09
		<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	
		EUR	EUR	
	Vereinnahmte Pachtvorauszahlung	11.039,09		14.497,09
	Vereinnahmte Miete Werkswohnung für Januar Folgejahr	188,00		188,00
		<u>11.227,09</u>		<u>14.685,09</u>

Zu Vereinnahmte Pachtvorauszahlung

Der Ausweis betrifft eine vereinnahmte Pachtvorauszahlung in Höhe von ursprünglich EUR 39.880,77. Das Pachverhältnis begann am 1. April 1997, die Auflösung erfolgt über eine Laufzeit von 20 Jahren. Im Vorjahr fand eine vorzeitige Verlängerung des Pachtvertrages um 10 weitere Jahre statt.

Gewinn- und Verlustrechnung für 2013

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren.

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
1. <u>Umsatzerlöse</u>	<u>2.527.664,09</u>	<u>2.511.418,36</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
Erlöse aus Verbrauchsabrechnung		
• Wasserverkauf		
- Tarif- und Großabnehmer	1.852.237,38	1.878.338,70
- Bauwasser	8.169,60	7.623,12
- Verbrauchsabgrenzung	<u>49.444,06</u>	<u>-430,21</u>
	1.909.851,04	1.885.531,61
• Grundgebühr	<u>436.835,21</u>	<u>433.443,37</u>
	2.346.686,25	2.318.974,98
Installations- und Reparaturarbeiten		
• Erstattung Reparaturkosten Hausanschlüsse	41.387,66	52.666,86
• Erstattung Reparaturkosten Wasserzähler	59,70	159,20
• Arbeiten für Dritte	<u>4.342,22</u>	<u>3.420,75</u>
	45.789,58	56.246,81
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse/Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	<u>135.188,26</u>	<u>136.196,57</u>
	<u>2.527.664,09</u>	<u>2.511.418,36</u>

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
2. <u>Andere aktivierte Eigenleistungen</u>	<u>50.042,99</u>	<u>71.640,29</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
Lohnkosten	32.878,26	47.248,11
Gemeinkostenzuschlag Lohn	13.158,82	18.899,34
Gemeinkostenzuschlag auf Materialkosten	2.586,41	3.836,19
Fuhrparkkosten	<u>1.419,50</u>	<u>1.656,65</u>
	<u>50.042,99</u>	<u>71.640,29</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
3. <u>Sonstige betriebliche Erträge</u>	<u>79.266,76</u>	<u>48.520,98</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
Ordentliche Erträge		
• Überlassung Wasserzählerdaten	9.289,51	12.347,75
• Mahngebühren, Säumniszuschläge	6.640,73	7.817,79
• Mieten und Pachten	3.035,12	3.087,32
• Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	3.458,00	2.772,00
• Versicherungserstattungen	4.185,98	6.300,91
• Erträge aus Weiterbelastung Frequenzumformer	0,00	3.934,29
• Übrige	<u>106,54</u>	<u>593,21</u>
	26.715,88	36.853,27
Übertrag	26.715,88	36.853,27

	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
Übertrag	26.715,88	36.853,27
Periodenfremde und neutrale Erträge		
• Wassergeld Vorjahre	3.872,74	9.397,48
• Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	32,00	300,00
• Erträge aus Anlageabgängen	7.982,19	0,00
• Beitragserstattung Vorjahre	369,25	0,00
• Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigung	40.294,70	0,00
• Ausbuchung von Verbindlichkeiten	<u>0,00</u>	<u>1.970,23</u>
	<u>52.550,88</u>	<u>11.667,71</u>
	<u>79.266,76</u>	<u>48.520,98</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
4. <u>Materialaufwand</u>	<u>1.209.789,49</u>	<u>1.207.238,44</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.002.524,43	971.243,66
Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>207.265,06</u>	<u>235.994,78</u>
	<u>1.209.789,49</u>	<u>1.207.238,44</u>

	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
a) <u>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</u>	<u>1.002.524,43</u>	<u>971.243,66</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
Wasserbezug Wahnbachtalsperrenverband	941.942,86	926.330,29
Materialbezug		
• Wasserzähler	34.375,15	10.412,41
• Material Hausanschlüsse	11.063,49	11.927,59
• Material Hauptrohrnetz	13.798,42	13.707,37
• Material Lagerhalle und Werkstatt	3.961,09	8.158,44
• Material Grundstücke und Hochbehälter	1.005,48	2.115,71
• Werkzeuge und Geräte	861,03	2.642,98
• Sonstige Betriebsstoffe	<u>0,00</u>	<u>15,54</u>
	65.064,66	48.980,04
Skonti	-3.566,41	-3.548,65
Inventurdifferenz	<u>-916,68</u>	<u>-518,02</u>
	<u>1.002.524,43</u>	<u>971.243,66</u>

Zu Wasserbezug Wahnbachtalsperrenverband

Im Berichtsjahr wurden 1.475.550 cbm (Vorjahr: 1.492.151 cbm) Wasser bezogen. Der Wasserpreis betrug rd. 64 ct/cbm inklusive des zum 1. Februar 2004 durch den Landtag NRW eingeführten Wasserentnahmeentgeltes (Vorjahr: rd. 62 ct/cbm).

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
b) <u>Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>	<u>207.265,06</u>	<u>235.994,78</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
Stromkosten	43.804,77	39.453,33
Fremdleistungen		
• Hauptrohrnetz	67.783,30	112.834,98
• Hausanschlüsse	<u>63.732,17</u>	<u>67.594,20</u>
	131.515,47	180.429,18
Grundstücke und Hochbehälter	11.784,87	3.535,22
Ver- und Entsorgung Lagerhalle und Werkstatt	5.076,34	5.755,91
Wasseruntersuchungen	12.830,00	4.570,00
Grundstücke und Gebäude	1.964,69	2.177,04
Brunnen und Pumpen	288,92	0,00
Steuer-, Mess- und Elektroanlagen	<u>0,00</u>	<u>74,10</u>
	<u>207.265,06</u>	<u>235.994,78</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
5. <u>Personalaufwand</u>	<u>531.907,94</u>	<u>555.095,05</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	413.726,42	433.225,74
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>118.181,52</u>	<u>121.869,31</u>
	<u>531.907,94</u>	<u>555.095,05</u>

	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
a) <u>Löhne und Gehälter</u>	<u>413.726,42</u>	<u>433.225,74</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
b) <u>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</u>	<u>118.181,52</u>	<u>121.869,31</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
Gesetzliche soziale Aufwendungen	80.555,08	85.173,27
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	3.682,58	2.870,29
Beiträge zur Zusatzversorgungskasse	<u>33.943,86</u>	<u>33.825,75</u>
	<u>118.181,52</u>	<u>121.869,31</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
6. <u>Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</u>	<u>413.454,54</u>	<u>408.005,96</u>

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
7. <u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>	<u>256.171,56</u>	<u>275.575,34</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
Verwaltungskostenbeitrag	70.721,00	71.031,00
Sachkosten ADV	51.836,07	50.921,41
Versicherungen	26.758,14	25.942,02
Kraftfahrzeugkosten	21.271,73	27.337,33
Prüfungsgebühren und Beratungskosten	11.300,00	13.652,50
Porto und Telefongebühren	14.555,01	15.209,41
Büromiete und Nebenkosten	15.822,51	15.619,59
Verbandsbeiträge	4.441,42	4.210,54
Nebenkosten des Geldverkehrs	4.537,22	4.916,34
Bürobedarf	3.344,81	4.223,97
Fortbildung, Reise- und Bewirtungskosten, Sitzungsgelder	1.807,98	2.019,06
Pacht	2.126,97	2.126,97
Bekanntmachungskosten	528,14	187,00
Übrige	5.387,06	7.237,57
Periodenfremde und neutrale Aufwendungen		
• Zuführung Einzelwertberichtigung	0,00	5.912,47
• Erstattung Wassergeld aus Vorjahren	6.464,36	12.180,59
• Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	8,06	353,67
• Forderungsverluste	12.808,61	11.642,60
• Sonstige periodenfremde Aufwendungen	<u>2.452,47</u>	<u>851,30</u>
	<u>21.733,50</u>	<u>30.940,63</u>
	<u>256.171,56</u>	<u>275.575,34</u>

	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
8. <u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>	<u>328,44</u>	<u>973,23</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
Kontokorrentzinsen	13,44	33,34
Aufzinsung gestundete Anschlussbeiträge	0,00	904,89
Stundungszinsen	315,00	0,00
Erstattungszinsen Finanzamt	<u>0,00</u>	<u>35,00</u>
	<u>328,44</u>	<u>973,23</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
9. <u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>	<u>109.473,76</u>	<u>115.754,26</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
Darlehenszinsen	106.493,14	110.432,12
Kontokorrentzinsen	2.980,62	5.144,14
Nachzahlungszinsen Finanzamt	<u>0,00</u>	<u>178,00</u>
	<u>109.473,76</u>	<u>115.754,26</u>
	<u>2013</u> EUR	<u>2012</u> EUR
10. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	<u>136.504,99</u>	<u>70.883,81</u>

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
11. <u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>	<u>40.839,79</u>	<u>20.414,22</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer		
• Berichtsjahr	19.334,00	9.462,00
• Vorjahre	<u>7,00</u>	<u>-1,00</u>
	19.341,00	9.461,00
Solidaritätszuschlag		
• Berichtsjahr	1.063,00	520,00
• Vorjahre	<u>0,79</u>	<u>0,22</u>
	1.063,79	520,22
Gewerbebeertragsteuer		
• Berichtsjahr	20.435,00	10.435,00
• Vorjahre	<u>0,00</u>	<u>-2,00</u>
	20.435,00	10.433,00
	<u>40.839,79</u>	<u>20.414,22</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
12. <u>Sonstige Steuern</u>	<u>2.739,91</u>	<u>2.990,91</u>
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
Kfz-Steuer	1.232,09	1.535,09
Grundsteuer	<u>1.507,82</u>	<u>1.455,82</u>
	2.739,91	2.990,91
	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	EUR	EUR
13. <u>Jahresgewinn</u>	<u>92.925,29</u>	<u>47.478,68</u>

Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse

I. Rechtliche Verhältnisse

1. Rechtsform: Eigenbetrieb (wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) der Stadt, der geführt wird nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) für das Land Nordrhein-Westfalen sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung.
2. Handelsregistereintragung: Der Eigenbetrieb ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn unter der Registernummer HRA 5142 eingetragen. Der aktuelle Auszug vom 12. September 2014 lag vor.
3. Gegenstand des Eigenbetriebes: Versorgung der Bevölkerung mit Wasser.
4. Sitz: Rheinbach.
5. Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr.
6. Stammkapital: EUR 1.099.277,54.

Das Stammkapital ist vollständig eingezahlt.
7. Betriebssatzung: Gültig in der Fassung vom 30. Dezember 2013 (3. Änderungssatzung). Diese ist zum 30. Dezember 2013 in Kraft getreten.

8. **Betriebsleitung:** Seit 1. Januar 2008 ist Herr Walter Kohlosser (Kämmerer der Stadt Rheinbach) Betriebsleiter; Stellvertreter ist Herr Peter Eich.
9. **Betriebsausschuss:** Der Betriebsausschuss besteht aus acht Ratsmitgliedern; vier sachkundigen Bürgern sowie zwei Beschäftigten des Wasserwerkes.
- Die Aufgaben des Betriebsausschusses ergeben sich aus § 4 der Betriebssatzung.
10. **Wasserbezugsordnung:** Die rechtlichen Beziehungen zu den Anschlussnehmern regelt die Satzung der Stadt Rheinbach über die öffentliche Wasserversorgung und den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage - Wasserbezugsordnung vom 15. Dezember 1981 -, mit der 1. Änderungssatzung vom 16. Juli 2002. Die an die Vorschriften der AVB Wasser angepasste Satzung trat am 1. Januar 1982 in Kraft.
11. **Beitrags- und Gebührenordnung:** Neben die Wasserbezugsordnung tritt die Beitrags- und Gebührenordnung vom 17. Juli 1970, zuletzt geändert durch die zehnte Änderungssatzung, in Kraft getreten am 20. Oktober 2011.

12. Offenlegung des Vorjahres-
abschlusses:

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde am 30. September 2013 durch den Rat der Stadt Rheinbach festgestellt. Der abschließende Vermerk der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen wurde am 6. November 2013 erteilt. Der Jahresabschluss wurde im amtlichen Mitteilungsblatt "Kultur und Gewerbe", Januar 2014, der Stadt Rheinbach bekannt gemacht. Der Jahresabschluss 2012 kann bis zur Feststellung des Jahresabschlusses 2013 zu den Geschäftszeiten des Wasserwerkes eingesehen werden.

Übersicht über die veranlagten Entgelte 2010 - 2014

	2014	2013	2012	2011	2010
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Anschlussbeitrag je m ²	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25
Grundgebühr Wasserzähler je Monat					
2,5 Qn	5,90	4,09	4,09	4,09	4,09
6,0 Qn	14,19	7,67	7,67	7,67	7,67
10,0 Qn	23,64	12,78	12,78	12,78	12,78
15 Qn/2,5 Qn	47,29	25,56	25,56	25,56	25,56
40 QN/2,5 Qn	70,95	38,35	38,35	38,35	38,35
60 Qn/6,0 Qn	99,33	53,69	53,69	53,69	53,69
150 Qn/10,0Qn	141,88	76,69	76,69	76,69	76,69
Standrohre					
Für den ersten Monat der Ausleihdauer täglich	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02
Ab dem zweiten Monat bei nicht unterbrochener Ausleihdauer täglich	0,26	0,26	0,26	0,26	0,26
Verbrauch je m ³ Wasser	1,42	1,38	1,38	1,38	1,38

Hinzuzurechnen ist die jeweilige gesetzliche Umsatzsteuer.

II. Steuerrechtliche Verhältnisse

1. Betriebsfinanzamt: Finanzamt Sankt Augustin,
Steuer-Nr.: 222/5726/0104.

2. Umsatzsteuer-
Identifikationsnummer: DE 123398287.

3. Letzte steuerliche Außen-
prüfung:

Die letzte steuerliche Außenprüfung für Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer fand im März 1994 durch die Großbetriebsprüfungsstelle Köln I statt.

Die letzte Lohnsteuerausprüfung wurde durch das Finanzamt Bonn-Innenstadt für die Jahre 2000 bis 2004 durchgeführt.

Der Vorbehalt der Nachprüfung für die Körperschaft- und Gewerbesteuer wurde für die Jahre 2006 bis 2010 aufgehoben.

Die Veranlagungen wurden bis zum Veranlagungszeitraum 2012 durchgeführt. Die Bescheide liegen vor.

Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2013

	Zuführung			Auflösung			Buchwerte	
	Stand	Zuführung	Stand	Stand	Zuführung	Stand	31.12.2013	31.12.2012
	1.1.2013		31.12.2013	1.1.2013		31.12.2013		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Empfangene Ertragszuschüsse								
1980 - 1992	2.133.646,85	0,00	2.133.646,85	2.133.635,34	0,00	2.133.635,34	11,51	11,51
1993	155.979,09	0,00	155.979,09	155.978,09	0,00	155.978,09	1,00	1,00
1994	339.297,34	0,00	339.297,34	322.811,34	16.485,00	339.296,34	1,00	16.486,00
1995	174.798,35	0,00	174.798,35	157.320,35	8.740,00	166.060,35	8.738,00	17.478,00
1996	268.382,83	0,00	268.382,83	228.124,83	13.419,00	241.643,83	28.839,00	40.258,00
1997	156.820,54	0,00	156.820,54	125.456,54	7.841,00	133.297,54	23.523,00	31.364,00
1998	319.613,28	0,00	319.613,28	239.713,28	15.981,00	255.694,28	63.919,00	79.900,00
1999	326.892,01	0,00	326.892,01	228.829,01	16.345,00	245.174,01	81.718,00	98.063,00
2000	235.526,47	0,00	235.526,47	153.093,47	11.776,00	164.869,47	70.657,00	82.433,00
2001	106.278,01	0,00	106.278,01	63.768,01	5.314,00	69.082,01	37.196,00	42.510,00
2002	98.035,45	0,00	98.035,45	53.922,45	4.902,00	58.824,45	39.211,00	44.113,00
	4.315.270,22	0,00	4.315.270,22	3.862.652,71	100.803,00	3.963.455,71	351.814,51	452.617,51
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen								
2007	86.008,49	0,00	86.008,49	20.264,49	3.985,00	24.249,49	61.759,00	65.744,00
2008	131.282,97	0,00	131.282,97	20.069,97	4.914,00	24.983,97	106.299,00	111.213,00
2009	180.757,94	0,00	180.757,94	21.440,94	6.952,00	28.392,94	152.365,00	159.317,00
2010	96.133,54	0,00	96.133,54	9.494,54	4.555,00	14.049,54	82.084,00	86.639,00
2011	131.422,91	0,00	131.422,91	6.587,91	6.080,00	12.667,91	118.755,00	124.835,00
2012	161.979,57	0,00	161.979,57	625,57	7.473,00	8.098,57	153.881,00	161.354,00
2013	0,00	123.528,26	123.528,26	0,00	426,26	426,26	123.102,00	0,00
	787.585,42	123.528,26	911.113,68	78.483,42	34.385,26	112.868,68	798.245,00	709.102,00
	5.102.855,64	123.528,26	5.226.383,90	3.941.136,13	135.188,26	4.076.324,39	1.150.059,51	1.161.719,51

Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2013

Gläubiger	Stand	Zugang	Tilgung	Stand	Ursprüngl. Darlehenshöhe	Auszahlungs- kurs	Zinsen		Tilgung	Zinsbindung
	1.1.2013			31.12.2013			%	EUR		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%	EUR	%	
1. Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster Nr. 200955101	365.821,02	0,00	31.175,39	334.645,63	540.283,79	100	4,11	14.718,17	1,5% + e.Z.	30.06.2016
2. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274804	259.753,94	0,00	30.410,55	229.343,39	467.513,25	100	2,64	6.658,11	5,28% + e.Z.	30.12.2020
3. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274809	26.608,67	0,00	9.284,98	17.323,69	83.425,00	100	3,45	838,60	8,685% + e.Z.	31.12.2012
4. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274807	32.959,13	0,00	13.598,20	19.360,93	123.188,44	100	2,95	872,74	1,5% + e.Z.	30.12.2015
5. Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster Nr. 200955100	11.135,63	0,00	5.333,26	5.802,37	40.981,49	100	4,11	403,44	1,5% + e.Z.	30.03.2015
6. Kreissparkasse Köln Nr. 530012251	20.094,89	0,00	4.929,05	15.165,84	86.919,62	100	4,85	915,55	4,93% + e.Z.	15.12.2016
7. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274811	104.155,37	0,00	9.170,27	94.985,10	160.227,22	100	3,47	3.535,33	4,46% + e.Z.	30.12.2015
8. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274813	77.565,38	0,00	5.761,47	71.803,91	102.836,83	100	4,48	3.411,11	4,43% + e.Z.	30.12.2017
9. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274805	168.103,84	0,00	7.355,59	160.748,25	220.284,51	100	3,94	6.551,55	1,5% + e.Z.	30.11.2014
10. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274812	437.616,33	0,00	17.276,44	420.339,89	513.395,76	100	4,48	19.413,86	2,667% + e.Z.	30.12.2017
11. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274803	76.128,33	0,00	33.285,74	42.842,59	319.138,58	100	4,25	2.594,46	6,805% + e.Z.	30.12.2013
12. Kreissparkasse Köln Nr. 530012707	302.948,27	0,00	19.964,61	282.983,66	448.673,20	100	4,36	12.993,27	2,986% + e.Z.	30.12.2013
13. Kreissparkasse Köln Nr. 6007846685	723.732,32	0,00	15.273,94	708.458,38	800.000,00	100	4,09	29.446,06	1,5% + e.Z.	30.12.2018
14. Kreissparkasse Köln Nr. 6017958547	0,00	1.100.000,00	0,00	1.100.000,00	1.100.000,00	100	2,42	4.140,89	2,25% + e.Z.	30.06.2023
Summe	2.606.623,12	1.100.000,00	202.819,49	3.503.803,63	5.006.867,69			106.493,14		

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

IDW Prüfungsstandard:
Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG
(IDW PS 720)

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und der wirtschaftlichen Verhältnisse

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Es besteht ein Arbeits- und Geschäftsverteilungsplan für die Stadt Rheinbach. In diesem sind auch die Aufgaben für die Betriebsleitung und die einzelnen Sachbearbeiter des Wasserwerkes geregelt. Die Zuständigkeiten für Betriebsleitung und Betriebsausschuss sind in der Betriebssatzung des Wasserwerkes geregelt. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Wasserwerkes.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

In 2013 fanden zwei Sitzungen des Betriebsausschusses statt. Der Stadtrat befasste sich im Berichtsjahr in einer Sitzung mit den Belangen des Wasserwerkes. Niederschriften über die Sitzungen wurden erstellt.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Betriebsleiter ist auskunftsgemäß in keinem weiteren Aufsichtsrat oder Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütungen für die Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses werden im Anhang angegeben. Erfolgsbezogene Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung bestehen nicht.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es besteht ein Arbeits- und Geschäftsverteilungsplan der Stadt Rheinbach, in dem das Wasserwerk integriert ist.

Eine Überprüfung findet bei organisatorischen und wesentlichen personellen Änderungen innerhalb der Stadt Rheinbach statt.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es besteht das Vier-Augen-Prinzip. Darüber hinaus werden vor der Vergabe von Liefer- und Dienstverträgen mit einem Wert über EUR 25.000,00 bzw. bei Vergabe von Bauleistungen über EUR 50.000,00 von der Vergabestelle der Stadt Rheinbach Anfragen an die Informationsstelle für Vergabeausschüsse beim Finanzministerium NRW gerichtet, ob Eintragungen hinsichtlich der Bieterin/des Bieters, die/der den Zuschlag erhalten soll, vorliegen.

Auftragsvergaben über EUR 26.000,00 bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung; Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Anweisungen bezüglich Auftragsvergaben und Stundung/Niederschlagung von Forderungen bestehen im Rahmen der Betriebssatzung. Daneben bestehen diverse Dienstanweisungen, u.a. eine "Vergabeordnung" der Stadt Rheinbach, an die das Wasserwerk gebunden ist.

Anhaltspunkte, dass diese nicht eingehalten werden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es existiert eine ordnungsgemäße Ablage, die einen schnellen Zugriff ermöglicht.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Es werden Quartalsberichte erstellt, die dem Betriebsausschuss vorgelegt werden. Planabweichungen werden systematisch untersucht.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und den Anforderungen des Wasserwerkes. Eine Kostenrechnung besteht nicht. Eine Nachkalkulation der Wasserpreise erfolgt nicht. Als relevante Entscheidungsgröße für die Gebührengestaltung dient das Jahresergebnis.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Überwachung der Liquidität obliegt den Mitarbeitern der Buchhaltung. Kredite werden vertragsgemäß getilgt.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Nicht anwendbar.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Entgelte aus Wasserlieferungen werden jährlich auf Grundlage der Ablesung abgerechnet. Daneben werden, jeweils im Abstand von vier Monaten, Abschläge in Höhe des Vorjahresverbrauches fällig. Großkunden werden monatlich abgelesen und abgerechnet.

Die übrigen Leistungen, wie z.B. die Herstellung von Hausanschlüssen, werden ebenfalls zeitnah abgerechnet.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Ein Controlling als eigenständige Stelle ist nicht eingerichtet und aufgrund der Größe des Wasserwerkes entbehrlich.

Es erfolgen im Rahmen der Quartalsberichte an den Betriebsausschuss regelmäßige Mitteilungen über die Entwicklung innerhalb des Wasserwerkes.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Es bestehen weder Tochterunternehmen, noch Unternehmen mit einer wesentlichen Beteiligung.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Ein eigenständiges Risikofrüherkennungssystem besteht aufgrund der im Zeitablauf gleich bleibenden Tätigkeit (Wasserversorgung) nicht. Seitens der Betriebsleitung wurden diverse Einzelmaßnahmen ergriffen, um die Entwicklung des Wasserwerkes laufend zu beobachten und dabei auch mögliche bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen.

So besteht z.B. ein Maßnahmenplan für die Wasserversorgung der Stadt Rheinbach, der bei eventuell auftretenden Notsituationen der Wasserversorgung eine reibungslose, zügige Kommunikation zwischen den verantwortlichen Stellen gewährleisten soll. Die Entwicklung des Wasserabsatzes kann anhand der Netzeinspeisung und der monatlich erstellten Rechnungen der Vorlieferanten überwacht werden.

Von kaufmännischer Seite werden die Planzahlen mit den Istzahlen regelmäßig verglichen. Seitens der Betriebsleitung erfolgen Quartalsberichte an den Betriebsausschuss.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen reichen aus, um den Zweck der rechtzeitigen Erkennung von Risiken zu erfüllen. Anhaltspunkte, dass Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Diese Maßnahmen sind als Arbeitsanweisungen durch die Betriebsleitung dokumentiert.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Aufgrund der gleichbleibenden Geschäftstätigkeit (Wasserversorgung) ist eine kontinuierliche und systematische Abstimmung der Frühwarnsignale entbehrlich. Bei Bedarf erfolgt jedoch eine Fortschreibung der Dokumentation.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Entfällt.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Entfällt.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Entfällt.

- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt.

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine interne Revision als eigenständige Stelle besteht nicht.

- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Siehe a).

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Siehe a).

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Siehe a).

- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Siehe a).

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Siehe a).

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Kredite an Mitglieder der Betriebsleitung oder des Betriebsausschusses wurden nicht gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Im Rahmen des Wirtschaftsplans erfolgt eine mittelfristige Investitionsplanung, deren Ergebnisse in dem Erfolgs- und Vermögensplan berücksichtigt werden.

Eine Überprüfung auf Rentabilität bzw. Wirtschaftlichkeit ist im Falle defekter Leitungen nicht immer zweckmäßig, da die Versorgungssicherheit gewährleistet sein muss.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Vor der Durchführung von Investitionen werden alternative Vergleichsangebote eingeholt.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Es erfolgt eine globale Überwachung im Rahmen des Soll-Ist-Vergleichs. Die Ergebnisse werden in den Gremiensitzungen besprochen.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Bei einzelnen Maßnahmen haben sich gegenüber den Planansätzen Überschreitungen ergeben; insgesamt wurden die Planansätze jedoch nicht ausgeschöpft.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Es erfolgte eine Ausschreibung sämtlicher Bauarbeiten. Für andere Geschäfte, wie z.B. die Kreditaufnahme, werden Konkurrenzangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Seitens der Betriebsleitung erfolgt eine Berichterstattung an den Betriebsausschuss in den entsprechenden - protokollierten - Sitzungen.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Wasserwerkes.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Das Überwachungsorgan (Betriebsausschuss) wird zeitnah informiert. Ungewöhnliche und risikoreiche Geschäftsvorfälle sind uns im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Derartige Themen waren im Berichtsjahr nicht gegeben.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Nein, eine D&O-Versicherung besteht nicht.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Derartige Interessenkonflikte sind uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Ohne Sachverständigengutachten sind evtl. stille Reserven im Grundbesitz nicht zu beurteilen, im Übrigen sind keine stillen Reserven ersichtlich.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Das Anlagevermögen ist zu 102 % durch Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Posten sowie langfristiges Fremdkapital gedeckt. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden am Abschlussstichtag nicht.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Das Wasserwerk hat im Berichtsjahr weder Finanz-/Fördermittel noch Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme aus der Eigenkapitalausstattung.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres soll vorgetragen werden. Dies ist mit der wirtschaftlichen Lage vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Es bestehen keine Segmente.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Im Berichtsjahr wurde die Einzelwertberichtigung insbesondere aufgrund Zahlungeingänge auf ältere Forderungen um TEUR 40 reduziert.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Anhaltspunkte, dass Leistungsbeziehungen zur Stadt Rheinbach zu unangemessenen Konditionen vorgenommen wurden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Ab 2014 sind die laufenden Entgelte und die Grundgebühren angehoben worden.